

Zukunftsplan

ZUKUNFT. GEMEINSAM. MACHEN!

Für eine innovative, gerechte, wirtschaftlich
starke und klimaneutrale Zukunft unserer Heimat



Warum dieser Plan?

Ich bin Baden-Württemberger. Hier wurde ich geboren, hier lebe ich. Hier arbeite ich und mache Politik. Und ich war immer auch stolz auf Baden-Württemberg. Unser Land wurde auf Grips und Verstand gebaut, so kam es zum Südweststaat, so kam es zu einem ungeheuren Boom. So wurde Baden-Württemberg, was es ist. Ein schönes, starkes, reiches Land. Ein Land der Schaffer, in dem man nicht von Geburt reich, adlig oder Ureinwohner sein muss – man muss nur mitschaffen. Ein Land, das Wohlstand schafft.

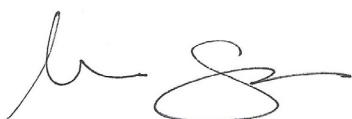
Aber seit Jahren erleben wir, wie unser Land auf neue Probleme stößt, die unser Schaffen und unseren Wohlstand infrage stellen. Wie exportieren wir unsere Maschinen in eine Welt, in der Grenzen geschlossen werden durch Zölle oder Kriege? Wie halten wir auf Märkten mit, auf denen ein Staat die eigene Industrie mit allen Mitteln unterstützt und anderen die Beine stellt? Wie verkaufen wir unsere Autos in einer Welt mit einer radikalen Wende zu elektrischen Antrieben und allein 100 neuen Automarken in China? Woher bekommen wir bezahlbare Energie? Und wie bleibt unser Land ein attraktiver Standort mit guter Bildung und bezahlbarem Wohnen, guter Infrastruktur?

Anfang 2024 hatte ich genug von der schlechten Stimmung, dem Achselzucken, der Resignation. Unser Wohlstand fiel nicht vom Himmel. Wir haben ihn gemacht. Und auch unsere Zukunft wird nicht vom Himmel fallen. Wir müssen sie machen. Wie wir das machen, wollte ich dort herausfinden, wo Zukunft gemacht wird. Fast zwei Jahre lang war ich in Baden-Württemberg unterwegs – in mehr als 100 Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Hochschulen. Ich habe mit Hunderten von Menschen gesprochen. Wo kommt das Wachstum von morgen her? Unser Wohlstand? Die Zukunft unserer Wirtschaft und ihrer Arbeitsplätze? Was müssen Unternehmen tun? Und wo und wie kann eine aktive Landesregierung helfen? Wo muss sie helfen?

Diese Tour habe ich als Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion unternommen. Die vielen Eindrücke und Gespräche habe ich gemeinsam mit meiner Fraktion ausgewertet. Aus ihnen ist dieser Zukunftsplan entstanden – ein umfassendes Positionspapier der SPD-Fraktion. Er ist im Kern unsere Antwort auf eine Landesregierung, die in vielen dieser Fragen zu wenig tut. Ein Plan, der zeigt, wie Baden-Württemberg es besser machen kann – sozialer, klüger, mutiger.

Über 100 Mal bin ich nicht Resignation begegnet, sondern Aufbruch. Und diesen Aufbruch möchte ich in einen politischen Fahrplan mitnehmen. Für unsere Wirtschaft, für Industrie und Handwerk, für gute Arbeit und gute Fachkräfte, für allgemeine und berufliche Bildung, für den Umbau unserer Wirtschaft. Wir können es besser machen. Ich bin Sozialdemokrat und Berufspolitiker, Abgeordneter, Landesvorsitzender, Minister a. D. – vor allem aber bin ich Vater von vier Kindern. Vier Kinder, die sehr viel damit zu tun haben, wo und wie ich Politik mache. Ich möchte, dass meine Kinder später sagen können: „Papa, das hast du richtig gemacht.“

Darum will ich, dass Baden-Württemberg ein starkes Industrieland bleibt, mit guten Arbeitsplätzen, mit Wohlstand für alle, mit einer starken Zukunft. Darum will ich, dass wir alle mit anpacken. Darum will ich eine Landesregierung, die klare Rahmenbedingungen schafft, die Zukunftsfelder identifiziert und die mutig und richtig investiert. Eine Regierung, die nicht bremst, sondern befähigt.



Ihr Andreas Stoch



Baden-Württemberg bleibt Industrieland – wenn wir Wandel ermöglichen, statt ihn zu verwalten. Ich will eine Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze sichert, Innovationen fördert und die Unternehmen nicht alleinlässt, sondern begleitet.

WIR GESTALTEN DEN WANDEL

die Transformation der baden-württembergischen Wirtschaft

Baden-Württemberg ist nicht als wohlhabendes Land vom Himmel gefallen. Erst die industrielle Revolution und unsere Unternehmen haben uns zu einem der erfolgreichsten deutschen Länder gemacht. Diesen Erfolg müssen wir auch in der nächsten industriellen Revolution halten und sichern – und ich bin davon überzeugt, dass wir ihn sogar noch ausbauen können. Jobs in der Industrie sind der Markenkern Baden-Württembergs, Mercedes Benz, Porsche, Bosch, Mahle, Trumpf. Jeder kennt jemanden, der in einem dieser Unternehmen arbeitet. Das ist Baden-Württemberg pur und ich möchte, dass die Industrie in Zukunft Teil der Baden-Württemberg-Identität bleibt.

Baden-Württemberg bleibt Industrieland – wenn wir gemeinsam handeln

Baden-Württemberg braucht eine aktive Industriepolitik. Dafür möchte ich alle Beteiligten (Gewerkschaften, Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden und die Kammern) an einen Tisch holen. Am Ende soll eine Gesamtstrategie „Transformation der Industrie“ stehen. Ich möchte kein Gegeneinander, Verkehr gegen Umwelt, Energie gegen Industrie, Gewerkschaften gegen Arbeitgeber. Ich möchte, dass sich alle hinter das Ziel „Sicherung von Industriearbeitsplätzen“ stellen und gemeinsam daran arbeiten.

Fokus auf klimaneutraler Industrie

Ich möchte Baden-Württemberg zu einem klimaneutralen Industriestandort entwickeln. Dafür müssen wir die Innovationsförderung des Landes konsequent auf klimarelevante industrielle Bereiche ausrichten. Ich will bestehende Programme wie InvestBW massiv ausbauen und die Entwicklung neuer Technologien gezielt in eine skalierbare Produktion überführen. Fördermittel sollen künftig prioritär in Schlüsselbereiche der klimaneutralen Transformation fließen. Forschungsprogramme im Bereich Batteriezellen oder Künstliche Intelligenz sollen stärker auf Praxisnähe und Produktionsreife ausgerichtet sein. Gleichzeitig brauchen wir weiter industrielle Wertschöpfungsketten mit hoher Fertigungstiefe.

Mehr Freiraum in Transformations-Regionen

Es gibt Regionen in Baden-Württemberg, die stärker von der Transformation betroffen sind als andere. Ich schlage vor, Transformations-Regionen einzurichten. In diesen Regionen soll der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft unter realen Bedingungen schnell möglich sein. Das gelingt durch flexible, unbürokratische Rahmenbedingungen, vorgezogene Investitionen und neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.



Dafür braucht es einheitliche Ansprechpartner, kurze Entscheidungswege, bürokratische Entlastung im Bau-, Planungs- und Genehmigungsrecht und die Nutzung tariflicher Öffnungsklauseln zur Flexibilisierung der Arbeitszeit.

Um den industriellen Wandel in kleinen und mittleren Unternehmen erfolgreich zu gestalten, will ich den Aufbau regionaler KMU-Kompetenznetzwerke und sogenannter Personaldrehscheiben fördern. Diese Netzwerke sollen dem Austausch von Know-how, der Entwicklung neuer Verfahren und Produkte sowie der Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen dienen. Gleichzeitig sollen Personaldrehscheiben helfen, Fachkräfte flexibel und passgenau zwischen Betrieben zu vermitteln.

Investitionen und Finanzierung

Ich bin überzeugt: Wir haben gegenwärtig kein Schulden-, sondern ein Investitionsproblem. Auf meiner Tour hörte ich häufig von Unternehmerinnen und Unternehmern: „In der Krise investieren wir und sparen nicht.“ Der Staat funktioniert anders als ein Unternehmen. Dennoch gilt auch für ihn: In einer Krise wird nicht gespart.

Mit einer Transformationsmilliarde will ich in die Zukunft investieren. In den Erhalt hochwertiger Industriearbeitsplätze, den Umbau von Geschäftsmodellen und damit in die Sicherung des wirtschaftlichen Erfolgs Baden-Württembergs. Dazu gehören: die deutliche Stärkung von InvestBW, ein neues Investitionsprogramm für die Infrastruktur in Industriegebieten, die Fortsetzung der Digitalisierungsprämie sowie Maßnahmen zur Fachkräftesicherung.

Um darüber hinaus finanziellen Spielraum zu schaffen, schlage ich die Einführung einer Zukunftsanleihe für Baden-Württemberg vor. Diese Anleihe soll es privaten und institutionellen Anlegern ermöglichen, gezielt in die Transformation zu investieren. So entsteht eine Partnerschaft zwischen Staat und Gesellschaft, um den klimaneutralen Umbau unserer Wirtschaft voranzutreiben, Innovationen zu ermöglichen und Arbeitsplätze zu sichern.

Ergänzend setze ich mich für die Schaffung eines Staatsfonds für Baden-Württemberg ein. Dieser Beteiligungsfonds soll dem Land ermöglichen, sich befristet an Unternehmen zu beteiligen, die sich im Rahmen der Transformation neu aufstellen oder in zukunftsfähige Technologien investieren. Die daraus erzielten Gewinne sollen in weitere öffentliche Investitionen zurückfließen.

Die L-Bank soll zur Transformationsbank des Landes weiterentwickelt werden. Sie soll künftig Unternehmen, Gründerinnen und Gründer sowie Kommunen bei ihren Investitionen in eine klimaneutrale, digitale und soziale Wirtschaft aktiver begleiten. Darüber hinaus halte ich es für notwendig, dass die L-Bank verstärkt Finanzprodukte bereitstellt, die Unternehmen in der Transformation dabei unterstützen, sich weiterzuentwickeln. Gerade kleine und mittlere Unternehmen können hier profitieren.

Gründungsland Baden-Württemberg: Nicht Kür, sondern Pflicht

Baden-Württemberg liegt bei der Zahl an Neugründungen deutschlandweit auf dem vierten Platz. Das ist ein solider Wert, aber wir können mehr. Mein Ziel ist es, Baden-Württemberg zu einem Gründungsland zu machen: mit einer starken Start-up-Kultur, ausgebauten Gründungszentren, solider Finanzierung über alle Wachstumsphasen hinweg und einer Verwaltung, die nicht bremst, sondern ermöglicht. Start-ups sind ein wichtiger Erfolgsfaktor für unseren Wirtschaftsstandort, weil sie neue Märkte erschließen, Arbeitsplätze schaffen und die Wirtschaft zukunftsfähiger machen. Sie tragen dazu bei, dass aus Ideen Produkte werden und aus Zukunftsfragen Lösungen.



Gründungszentren stärken

Ich will die Gründungszentren im Land stärken, insbesondere technologieorientierte Acceleratoren sowie Ausgründungen. Dazu gehört der Ausbau flexibler und bezahlbarer Räumlichkeiten, eine dauerhafte und großzügige Förderung erfolgreicher Gründungsinitiativen sowie eine intensive Begleitung von Gründerinnen und Gründern auf dem Weg von der Forschung in die Gründung.

Im internationalen Vergleich hat Baden-Württemberg eine fast einzigartige Bankenlandschaft – durch die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und die Genossenschaftsbanken. Diese besondere Infrastruktur mit enormer Präsenz und Kompetenz vor Ort könnte das Land für eine massive Vereinfachung der Finanzierung von Gründungen und in der Transformation nutzen – gerade auch in kleinen und mittelständischen Unternehmen, in der Industrie wie im Handwerk. Hier könnte ein Programm für Risikobürgschaften durch das Land oder die L-Bank eine erhebliche Erleichterung für Gründerinnen und Gründer bringen – und einen echten Standortvorteil für Baden-Württemberg.

Forschung, die Zukunft gründet!

Gerade bei Ausgründungen darf nicht der Eindruck entstehen, dass Patentrechte und Gewinnbeteiligung wichtiger sind als der Transfer in die Anwendung. Deshalb will ich Hochschulen ermutigen, einen gründungsfreundlichen Umgang mit geistigem Eigentum zu entwickeln. Um Ausgründungen langfristig erfolgreich zu machen, braucht es außerdem eine gezielte Finanzierung und mehr Risikokapital.

Insbesondere bei Förderkonsortien sollten die Rahmenbedingungen so ausgestaltet sein, dass auch der Einkauf von Produkten und Dienstleistungen aus Start-ups möglich ist, unabhängig davon, ob diese selbst Teil des Konsortiums sind oder nicht. So können Start-ups frühzeitig Märkte erschließen und den langen Weg von der Forschung bis zum fertigen Produkt erfolgreich überbrücken.

Ich will die gesamte Finanzierungskette für Start-ups schließen, von der Seed-Phase bis hin zur Wachstumsfinanzierung. Dazu gehören Zuschüsse, zinsgünstige Darlehen, staatliche Beteiligungen sowie die gezielte Mobilisierung privaten Kapitals durch öffentlich unterstützte Venture-Capital-Fonds.

Fachkräfte: Offen für Neues

Start-ups sind häufig auch in ihren Teams international aufgestellt. Ich will den Zugang zu ausländischen Fachkräften erleichtern und Unternehmen gezielt bei der Integration unterstützen. Das bedeutet die Beschleunigung von Visa- und BlueCard-Verfahren, verkürzte und vereinfachte Einbürgerungsprozesse sowie feste Ansprechpartner in den Verwaltungen, die Unternehmen bei der Beschäftigung und Integration internationaler Fachkräfte konkret begleiten. Gleichzeitig sollen Unternehmen, die sich besonders für die Integration engagieren, etwa durch Angebote von Sprachkursen, gezielt gefördert werden.

Baden-Württemberg sollte auch die Chancen einer höheren Internationalisierung nutzen. Deutschland liegt hier nach wie vor hinter anderen Ländern, gerade in Skandinavien, zurück. Dort bieten Hochschulen nicht nur Studiengänge in englischer Sprache an – man kann sich auch auf Englisch einschreiben und sämtliche Verwaltungsvorgänge rund um das Studium auf Englisch erledigen. Hier könnte Baden-Württemberg vorangehen und damit seine Attraktivität deutlich steigern. Weiterdenken kann man diese Chancen bis in den Bereich der öffentlichen Verwaltung: Könnte Englisch als zweite Amtssprache nicht ein langfristiges Ziel für uns sein?





Wo Wissen wirkt: Wir verbinden Forschung, Innovation und Praxis. Damit aus Ideen Fortschritt wird – für Wirtschaft, Gesellschaft und Zukunft

NOBELPREIS FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Forschung, Innovationen und Hochschulen

Starke Wirtschaft und starke Forschung – zu oft laufen sie bisher noch nebeneinander statt miteinander. Ich möchte, dass wir in Baden-Württemberg künftig ein Miteinander von Wirtschaft und Forschung leben. Das soll in Baden-Württemberg mit Transferregionen gelingen. In diesen Regionen sollen die zentralen Akteure, die es für den Transfer zwischen Forschung und Wirtschaft braucht, eine wichtige Rolle spielen. In jeder Region soll ein Transferbüro gegründet werden, in dem alle Fäden zusammenlaufen. Die Transferbüros sollen das Bindeglied zwischen Forschung und Wirtschaft bilden. Bestehende Strukturen wie die Innovationsallianz Baden-Württemberg (InnBW), der Verband der baden-württembergischen Technologie- und Gründerzentren oder die Innovationsberaterinnen und -berater der Kammern werden gebündelt. Künftig soll es in jeder Region nur noch eine zentrale Anlaufstelle für den Wissenstransfer geben.

Mehr Nähe zwischen Forschung und Mittelstand

Baden-Württemberg lebt von seinen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Diese Betriebe brauchen künftig mehr Zugriff auf unsere Forschungslandschaft. Ich setze mich dafür ein, dass KMU Zugang zu modernster Forschungsinfrastruktur wie Quantencomputing, High-Performance-Computing oder KI-Rechenzentren erhalten.

Die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) spielen eine zentrale Rolle dabei, die Lücke zwischen Forschung und Wirtschaft zu schließen. Ich setze mich deshalb für die Einrichtung von Teilzeitprofessuren ein. Solche Partnerschaften kommen auch der Qualität der Lehre zugute – insbesondere im Bereich der praxisnahen Ausbildung.

Forschung findet nicht nur in großen Industriebetrieben statt. Um Forschung auf allen Gebieten unserer Wirtschaft besser fördern zu können, sollte Baden-Württemberg ein Landeslabor für Forschung im Handwerk einrichten. Eine besondere Rolle kann hier neben den Handwerkskammern auch die Duale Hochschule Baden-Württemberg spielen, an der die Forschungstätigkeit ebenso besser gefördert werden sollte.

Aus Ideen Unternehmen machen

Aus Ideen müssen Unternehmen werden. Dafür braucht es deutlich mehr Gründungsförderung an unseren Hochschulen. Mein Ziel ist es, ein Extra-Jahr für junge Forschende einzuführen, in dem sie ihre Start-up-Idee mit Unterstützung des Landes weiterentwickeln und verwirklichen können. Dazu müssen wir Professorinnen und Professoren Freisemester für Gründungsprojekte ermöglichen. Außerdem sollten wir Start-ups einen verlässlichen Zugang zur Forschungsinfrastruktur sichern.

Ein zentrales Problem bleibt: Viele Start-ups schaffen den Übergang von der Gründungsphase in eine stabile Selbstständigkeit nicht. Deshalb braucht es gezieltere Unterstützung, zum Beispiel beim Co-Founder-Matching, also der Suche nach Mitgründenden, sowie bei der Frühphasenfinanzierung.

Besonders am Herzen liegt mir die Förderung von Gründerinnen – hier verschenkt das Land enormes Potenzial. Heben könnte man dieses Potenzial zum Beispiel durch einen Landesplan für die bessere Absicherung selbständiger Frauen, bei Berufsunfähigkeit, Mutterschutz oder der Umlage U2.

Leuchttürme ermöglichen Weitsicht

Leuchttürme wie Künstliche Intelligenz (KI), Quantencomputing oder Digital Health sind der Schlüssel für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Heimat. Ich will ein Stipendien- und Tenure-Track-Programm auflegen, um internationale Top-Forschende anzuwerben. Die Förderstrategie KI des Landes möchte ich schärfen, den Zugang zu Infrastruktur erleichtern und eine offene, diskriminierungsfreie KI-Forschung ermöglichen. Ich will den Sanierungsstau an Kliniken über ein Sondervermögen auflösen.

Innovationen

Im Ranking der innovativsten Regionen in der Europäischen Union liegt Baden-Württemberg mit Abstand auf Platz 1. Das muss so bleiben, und dazu braucht es mehr Freiräume, mehr Vernetzung und mehr Mut für Neues. Gerade junge Unternehmen müssen auch scheitern dürfen. Ich will den gezielten Ausbau von Reallaboren für die praxisnahe Erprobungen innovativer Lösungen – ob in der Mobilität, der Energieversorgung oder der digitalen Verwaltung. Sie benötigen vereinfachte rechtliche Rahmenbedingungen und verlässliche Förderung, um Impulse in die Fläche tragen zu können – auch als mobile Reallabore.

Innovationsmotor Baden-Württemberg

Digitale Labore, die Digital Sandboxes sollen Unternehmen die Chance bieten, digitale Lösungen zu testen und weiterzuentwickeln. Dies gilt insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Dafür will ich Beratungsstrukturen ausbauen und Infrastruktur bereitstellen, mit der digitale Anwendungen vom Labormaßstab in die Großanwendung überführt werden. Diese Sandboxes sollen eng verzahnt werden mit den Hochschulen, Bildungshubs, Datenräumen (Dataspaces) und den europäischen Digital Innovation Hubs (EDIHs).

Ein Schwerpunkt meiner Innovationsstrategie ist die Luft- und Raumfahrtbranche. Ich will, dass in der Raumfahrt auch in Zukunft niemand an Baden-Württemberg vorbeikommt – mit starker Forschung, mehr Professuren, hochspezialisierter Industrie und einem dichten Netz leistungsfähiger Zulieferer. Diese Stärke will ich erhalten und ausbauen. Die Luft- und Raumfahrtstrategie des Landes muss ambitionierter werden. Außerdem soll sie unsere Unternehmen und Forschungseinrichtungen noch besser in nationale und europäische Programme integrieren – einschließlich der ESA.

Ich will eine ambitionierte, staatliche Innovationsförderung, die gezielt Projekte mit hohem gesellschaftlichem Mehrwert (Public Value) unterstützt. Dazu gehören etwa digitale Gesundheitslösungen, die Entwicklung smarterer Städte, barrierefreie Anwendungen oder Technologien zur Steigerung der Ressourceneffizienz. Innovation darf sich nicht allein am Markt orientieren – sie muss auch zur digitalen, ökologischen und sozialen Transformation beitragen.

Die Hochschule der Zukunft

Für mich ist die Hochschule der Zukunft, internationaler, anwendungsorientierter, interdisziplinärer, demokratischer und digitaler. Das gelingt uns, indem wir bereit sind, mehr in unsere Hochschulen zu investieren – und indem wir die besten Rahmenbedingungen für Talente schaffen. Die Hochschule der Zukunft ist weniger hierarchisch aufgebaut. Die Department-Struktur bietet die Möglichkeit dazu. Was wir brauchen, ist die Bereitschaft, bestehende Strukturen weiterzuentwickeln. Den Hochschulen muss die Freiheit gegeben werden, passgenaue Lösungen zu finden, die ihrer Fachkultur und Größe entsprechen. Dabei gilt es, die Qualität von Forschung und Lehre ebenso im Blick zu behalten wie Fragen der Mitbestimmung, Nachwuchsförderung und akademischen Selbstständigkeit.





Exzellenz entsteht im Miteinander

Nobelpreise entstehen an den Schnittstellen verschiedener Disziplinen. Universitäten brauchen eine Kultur der Offenheit, in der Physikerinnen mit Medizinerinnen und Philosophinnen mit Biologen zusammenarbeiten. Wir brauchen flache Hierarchien und agile Beschäftigungsverhältnisse, das heißt, Personal, das nicht an eine Stelle gebunden ist. Zeit für eigene Forschungsideen ist wichtig. Internationale Forschungskooperationen, Austauschprogramme und Konferenzen sind zentral. Was mich besonders stört ist, dass die Zahl der Internationalen Studierenden in Baden-Württemberg gering ist. Die Hochschule der Zukunft soll auf Studiengebühren von internationalen Studierenden verzichten. Und mit Englisch nicht nur als Sprache in Veranstaltungen, sondern auch als „zweiter Amtssprache“ seiner Hochschulen könnte Baden-Württemberg erheblich an Attraktivität gewinnen.

Stanford, Harvard, das MIT oder die ETH Zürich zeigen, dass eine Verbindung aus Exzellenzanspruch, akademischer Freiheit, internationaler Attraktivität und starker Grundfinanzierung die entscheidenden Voraussetzungen sind. In Zukunft soll das KIT, die Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg oder die Eberhard-Karls-Universität Tübingen in diese Reihe gehören.

Talente fördern, nicht verlieren

Der Zugang zum Studium hängt noch immer viel zu stark vom Geldbeutel der Eltern ab. Die soziale Lage vieler Studierender ist dramatisch: steigende Mieten, hohe Lebenshaltungskosten und mangelnde Unterstützung gefährden Chancengleichheit und Bildungsaufstieg. Ein von den persönlichen Besitzverhältnissen unabhängiger Zugang zum Studium und bessere soziale Absicherung müssen deshalb zentrale Elemente einer modernen Hochschulpolitik sein. Denn wenn sich potenzielle Nobelpreisträgerinnen und Nobelpreisträger trotz herausragender Leistungen kein Studium leisten können, verspielen wir als Gesellschaft unsere Zukunftschancen.



Klimaschutz braucht Infrastruktur – und den politischen Willen, sie schnell zu bauen.

DIE ZUKUNFT IST POWERFUL

Energie für Baden-Württemberg

Die Versorgung mit bezahlbarer Energie ist längst zu einem wichtigen Standortfaktor geworden. Die Landesregierung muss die Unternehmen in eine Lage versetzen, die Energie zu bekommen, die sie brauchen – und sie muss bezahlbar sein. Ich möchte nicht, dass Unternehmen schließen, weil sie sich die Strompreise nicht leisten können – oder ins Ausland oder ein anderes Bundesland abwandern, wo sie viel weniger zahlen müssen.

Für eine sichere, unabhängige und klimaneutrale Energieversorgung braucht Baden-Württemberg endlich eine konsequente und koordinierte Energiepolitik. Die Transformation unserer Energieinfrastruktur darf nicht länger verschleppt, sondern muss mit aller Entschlossenheit angepackt werden. Wirtschaft und Energie gehören untrennbar zusammen. Daher muss Energiepolitik künftig aus dem Wirtschaftsministerium heraus gestaltet werden.

Energie für Wettbewerbsfähigkeit

Die überregionalen Stromtrassen von der Küste in den Süden müssen zügig fertiggestellt werden. Dort, wo die Planung noch nicht zu weit fortgeschritten ist, sollte man wieder stärker auf Freileitungen setzen. Hierfür sind alle Möglichkeiten zur Planungsbeschleunigung auszuschöpfen. Auch im Land selbst liegt viel Arbeit vor uns: Gemeinsam mit Netzbetreibern und Versorgern muss die Landesregierung die bestehenden Engpässe im Mittelspannungsnetz schnellstmöglich beseitigen. Dies gilt auch mit Blick auf die zunehmende Einspeisung erneuerbarer Energien.

Ich fordere, dass sich das Land für eine grundlegende Reform der Anreizregulierung auf Bundesebene einsetzt. Denn nur so kann das notwendige Kapital für den massiven Aus- und Umbau unserer Stromnetze mobilisiert werden. Parallel muss die Landesregierung sicherstellen, dass die Netze im unteren Spannungsbereich zügig ausgebaut werden. Das gilt nicht nur für den Ausbau der Netze, sondern auch für den Bau von Strom- und Wärmespeichern, ganzer Wärmenetze, Flusswärmepumpen, Umspannwerken und Einspeisepunkten. Dies soll mit Darlehen der L-Bank und Bürgschaften geschehen.

Baden wird zum Lithium Valley

Die tiefengeothermische Energiegewinnung bietet große Chancen für eine klimafreundliche und unabhängige Wärmeversorgung. Besonders entlang des Oberrheingrabens. Hier soll nach meiner Vorstellung das Lithium Valley entstehen. Denn Baden ist eine der geologisch bestgeeignetsten Regionen für die Nutzung der Tiefengeothermie – und Baden-Württemberg liegt in diesem Bereich im bundesweiten Vergleich noch deutlich zurück.

Ich fordere deshalb mehr Tempo beim Ausbau der Geothermie. Genehmigungsverfahren müssen deutlich beschleunigt werden. Personalengpässe in den zuständigen Behörden müssen beseitigt werden. Und es braucht endlich klare politische Prioritäten. Wenn wir die Chancen der Geothermie nutzen und sie klug mit der Lithiumgewinnung verbinden, kann Baden-Württemberg eine führende Rolle einnehmen. Aber dafür müssen wir jetzt handeln.

Flusswärmepumpen: Potenziale heben, fossile Wärme ersetzen

Durch den fortschreitenden Klimawandel heizen sich auch unsere Gewässer immer weiter auf. Eine auf die Nutzung des jeweiligen Gewässers abgestimmte Entnahme von Energie durch Flusswärmepumpen wirkt dem entgegen. Ich möchte, dass Baden-Württemberg zum Vorreiter bei der Nutzung von Umweltwärme wird – insbesondere durch große Flusswärmepumpen. Die Wärmeerzeugung für Gebäude und industrielle Prozesse ist weltweit der größte Energieverbraucher. Heute wird sie noch zu über 70 Prozent mit fossilen Brennstoffen gedeckt. Das muss sich ändern.

Auch bei uns liegen die Potenziale direkt vor der Tür. Bis 2045 könnten Großwärmepumpen über 70 Prozent der Fernwärmeversorgung übernehmen. Ich möchte, dass Baden-Württemberg diese Chance ergreift: Mit gezielten Investitionen in Flusswärmepumpen und einem Landesprogramm zur Förderung von Umweltwärmeprojekten. Hinzu kommt eine Wärmestrategie, die Kommunen, Stadtwerke und Industrie gleichermaßen einbindet.

Für den klimaneutralen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft braucht Baden-Württemberg eine moderne, strategische und vor allem beschleunigte Infrastrukturpolitik. Ich will erreichen, dass künftig dort schneller geplant und gebaut werden kann, wo es um zentrale Zukunftsaufgaben geht. Dies betrifft den Ausbau von Stromnetzen, Windkraftanlagen, Photovoltaikanlagen oder das Schienennetz.

Energieinfrastruktur neu denken

Wir sollten eine „Strategische Umweltprüfung“ etablieren, um beschleunigte Rahmengenutzungen für strategisch notwendige Maßnahmen zu ermöglichen. Die zuständigen Behörden müssen personell gestärkt werden – mit mehr qualifiziertem Fachpersonal und schnelleren Entscheidungswegen, insbesondere auf Landesebene.

Erneuerbare Energien müssen wir massiv ausbauen – und zwar unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Über Energiegemeinschaften sollen sie direkt von der Energiewende profitieren. Dazu braucht es landesweit mehr nutzbare Flächen: Ich will, dass Flächenziel für Wind- und Solarenergie auf 3,2 % landesweit erhöhen. Der Landesforst muss über transparente, windkraftfreundliche Verfahren Flächen bereitstellen. Ergänzend brauchen wir einen landeseigenen Flächenpool für Freiflächen-PV, insbesondere entlang von Verkehrswegen. Auch 10.000 Mini-Solaranlagen auf Landesliegenschaften zusätzlich zur laufenden Installation von Dach-PV-Anlagen sind ein realistisches Ziel.

Neben der Energieerzeugung aus regenerativen Quellen und deren Speicherung kommt das Thema der Energieeffizienz und -einsparung in der öffentlichen Diskussion oft zu kurz. Ich will, dass das Land zusätzlich zu den Bundesprogrammen in die energetische Sanierung investiert. Vereine, Mietwohnungsbau und Kommunen müssen unterstützt werden. Der Ausbau von Wärmenetzen muss durch Bürgschaften der L-Bank flankiert werden.



Wasserstoff wird eine wichtige Rolle im künftigen Energiesystem spielen – insbesondere für industrielle Anwendungen, bei denen keine direkten elektrischen Alternativen bestehen. Priorität hat daher der Einsatz in der Industrie, etwa durch Großanlagen, die Elektrolyseure mit erneuerbaren Energiequellen kombinieren und den Wasserstoff direkt vor Ort nutzen. Um die Verfügbarkeit sicherzustellen, braucht es gezielte Impulse zur Erzeugung grünen Wasserstoffs im Land. Terranets BW soll zu einer Infrastrukturgesellschaft des Landes weiterentwickelt und in ein landesweites Wasserstoffverteilnetz eingebunden werden.

Wasserstoff wird teuer bleiben – deshalb ist es umso wichtiger, alle weiteren Potenziale für klimafreundliche Energieformen zu nutzen – insbesondere die Batterietechnologie und die Geothermie.

Ganz wichtig ist im Energiesektor auch eine gezielte Förderung dezentraler Energieversorgung. Dazu bedarf es nicht einmal immer finanzieller Förderung, sondern oft einfach einer fachkundigen Hilfe bei Genehmigungen und Auflagen. Besonders ausgefallene Konzepte werden durch Unsicherheiten bei Genehmigungsbehörden immer wieder mindestens enorm erschwert, wenn nicht gar verhindert. Hilfreich wäre ein Kompetenzzentrum des Landes, gemeinsam mit dem Städte- und Landkreistag. Diese Stelle würde sich im Auftrag der kommunalen Behörden um Genehmigungen in den Bereichen Wasserstoff, Biogas, Kleinkraftwerke etc. kümmern oder diese Genehmigungen mindestens unterstützen und beschleunigen.



Speichertechnologien als Fundament

Ich setze mich dafür ein, Forschung und Entwicklung im Bereich der Batterietechnik und Wärmespeicherung gezielt zu fördern. Baden-Württemberg soll sich aktiv an der Standortsuche und Bereitstellung von Batterie-Großspeichern beteiligen. Es braucht eine Landesstrategie, die Versorgungssicherheit und stabile Strompreise dauerhaft gewährleistet.

Besonders wichtig sind dezentrale Ansätze. Kommunen und Stadtwerke sollen beim Aufbau kleinerer Speicher unterstützt werden, um Netze zu stabilisieren und Verbrauchs- sowie Erzeugungsspitzen abzufedern. Auch die Nutzung von Batterien in Elektrofahrzeugen zur kurzfristigen Energiespeicherung wird künftig eine Rolle spielen. Pilotprojekte zum bidirektionalen Laden können hier wichtige Erkenntnisse liefern.

Für neue Wohn- und Gewerbegebiete müssen wir Insellösungen fördern, die Strom und Wärme lokal erzeugen und speichern. So entsteht ein belastbares Energiesystem, das bezahlbar bleibt.

Auch bei der Energieversorgung der Zukunft sollte Baden-Württemberg gezielt auf seine besondere Unternehmenslandschaft setzen. Ein Landesplan für Minispeicher oder Smart Switches könnte die Tausenden von Firmen nutzen, die bereits in eigene Energieerzeugung investiert haben – und die massiv wachsende Flotte von E-Fahrzeugen. Auch ein Landesplan für neue Wasserkraft könnte gemeinsam mit Firmen erfolgreich sein, denn in sehr vielen günstigen Lagen sind Firmen bereits direkte Anrainer nutzbarer Gewässer, nicht selten, weil sie die Wasserkraft schon früher genutzt haben.

Das gemeinsame Ziel dieser Bemühungen ist auch für die Wirtschaft interessant: Baden-Württemberg muss alle Mittel nützen, um zum Beispiel auch die überdurchschnittlich hohen Netzentgelte deutlich zu senken. Dafür sind auch Investitionen in ein „Südwest-Grid“ lohnenswert.



Wir müssen die Digitalisierung endlich ernst nehmen und sie konsequent durchführen. Dafür brauchen wir klare Ziele, verbindliche Regeln – und eine Verwaltung, die hilft, statt zu behindern.

BADEN-WÜRTTEMBERG

bekommt die modernste Verwaltung

Zu lange haben wir uns der Illusion hingeeben, dass Digitalisierung eine Querschnittsaufgabe ist, das hat uns erkennbar nicht weitergebracht. Der Bund ist hier Vorbild: Mit der Gründung des Bundesministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung wurde eine zentrale Behörde geschaffen. Auch Baden-Württemberg braucht endlich eine schlagkräftige Instanz, die die Digitalisierung in unserem Land mit Struktur, Zielorientierung und Tempo vorantreibt. Ich fordere ein echtes Ministerium für Digitales (ohne die Anzahl an Landesministerien zu erhöhen). Dieses soll alle Zuständigkeiten bündeln, die heute noch in unterschiedlichen Häusern verteilt und nicht ausreichend miteinander verzahnt sind. Digitalisierung darf nicht länger ein Nebenschauplatz sein. Digitalisierung ist der Schlüssel für eine moderne Verwaltung, innovative Wirtschaft, gute Bildung und gleichwertige Lebensverhältnisse.

Ein Ministerium für die digitale Zukunft unseres Landes

Das neue Digitalministerium soll alle digitalen Zukunftsthemen aus einer Hand steuern und umsetzen. Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und der Ausbau von E-Government in der Verwaltung sind wichtige Aufgaben. Ebenso wichtig sind die Definition und Kontrolle eines Digitalbudgets für das Land. Hinzu kommen die landesweite IT-Steuerung und Beschaffung sowie die digitale Infrastrukturentwicklung, insbesondere in ländlichen Räumen. Ebenso relevant ist die Digitalisierung der Wirtschaft, der Verkehrssysteme und der öffentlichen Infrastruktur. Gefördert werden müssen Plattformtechnologien, Cloud-Infrastrukturen und Anwendungen der Künstlichen Intelligenz. Ebenso wichtig sind die Informationssicherheit und der Schutz vor Cyberkriminalität.



Ein modernes IT-Recht ist erforderlich, das Innovation ermöglicht und gleichzeitig die Rechte der Bürgerinnen und Bürger schützt. Ein Anliegen für mich ist die digitale Nachhaltigkeit. Das heißt: ressourcenschonende Technologien, transparente Datenpolitik und sozialverträgliche Digitalisierung. Bundesländer wie Hessen und Bayern zeigen, dass die Gründung eines eigenständigen Ministeriums ein richtiger Schritt war.

Ich will, dass Baden-Württemberg vom Nachzügler zum Vorreiter wird. Der digitale Rückstand ist groß, gerade darin liegt aber sogar eine Chance: Jetzt die richtige Abzweigung zu nehmen – hin zu einer leistungsfähigen, lernenden und zukunftsfesten Verwaltung.

Digitales Authentifizieren, Bezahlen und Signieren

Digitale Verwaltungsprozesse funktionieren oft nicht. Drei Dinge fehlen: eine einfache Möglichkeit, sich auszuweisen, moderne Zahlungsarten und digitale Unterschriften. Im echten Leben ist es normal, dass man seinen Ausweis zeigt, bezahlt und unterschreibt. Online geht das aber oft nicht. Das muss sich schnell ändern.

Dabei bringt uns nicht weiter, wenn jede Kommune ihre eigene IT-Lösung entwickelt. Wir brauchen zentrale, standardisierte Lösungen, die interoperabel und skalierbar sind. Digitale Standards und Schnittstellen müssen verbindlich sein, damit Land und Kommunen gemeinsam statt nebeneinander digital arbeiten können. Das neue Ministerium soll in Absprache mit Kommunen, Wirtschaft und anderen Akteuren landeseinheitliche Lösungen für alle vorgeben.

Die Lösung steckt in unseren Hosentaschen

Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sollen Daten nur noch einmal angeben müssen – das sogenannte Once-Only-Prinzip muss umgesetzt werden. Heute nutzen die meisten Menschen das Smartphone als Zugang zum Netz. Zudem erwarten Bürgerinnen und Bürger eine leichte und intuitive Bedienbarkeit von Apps. Deswegen muss das Smartphone auch zentraler Zugangspunkt für Bürgerinnen und Bürger sein und Dienste gleichzeitig nutzungsfreundlich gestaltet werden. Oft sind Behördenwebseiten nicht auf Smartphones nutzbar, da sie für Computer optimiert wurden. Sämtliche Verwaltungsprozesse, die Bürgerinnen und Bürger nutzen, müssen für Smartphones optimiert werden. Dabei müssen Barrierefreiheit und Bedienbarkeit dieser Dienste als kritische Erfolgsfaktoren priorisiert und kontinuierlich evaluiert werden. Wir müssen bei digitalen Lösungen immer darauf achten, dass sie einfach zu bedienen sind. Datenschutz muss gewährleistet werden, darf aber kein Pauschalhindernis sein.

Digitale Resilienz statt ideologischer Schlagworte

Mit dem Begriff der digitalen Souveränität verbunden ist die Forderung, sich nicht von einzelnen internationalen Technologiekonzernen abhängig zu machen. Das Ziel ist nachvollziehbar, doch der Weg dorthin darf nicht ideologisch, sondern muss pragmatisch sein. Gleichzeitig setze ich auch auf die digitale Resilienz. Es geht darum, IT-Systeme so zu gestalten, dass sie robust, anpassungsfähig und unabhängig weiterentwickelbar sind. Resilienz bedeutet: Systeme, die stabil laufen, sich bei Bedarf flexibel weiterentwickeln lassen und – wo nötig – den Wechsel zwischen Anbietern ermöglichen. Der Weg führt über kluge, abgewogene Entscheidungen zu einer zukunftsfesten digitalen Infrastruktur. Dabei sind Sicherheit, Effizienz und Nachhaltigkeit entscheidend. Einzelne Technologien dürfen nicht ausgeschlossen werden.

Bürokratieentlastung

Für unser Miteinander braucht es Regeln und Gesetze. Vorschriften sind aber kein Selbstzweck. Sie müssen nachvollziehbar, schlank und praxistauglich sein – für Bürgerinnen und Bürgerebenso wie für Unternehmen, Kommunen und Verwaltungen. Mein Anspruch ist es, Bürokratie abzubauen, ohne Arbeitnehmerrechte zu gefährden.

Auf meiner Zukunftstour war die Bürokratie das meistgenannte Thema. Wer investiert, neue Wege geht, innovativ sein will, stößt oft auf ein Dickicht an Formularen, Vorschriften und Verzögerungen. Das muss sich ändern. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, der ermöglicht statt hemmt. Ich begrüße, dass die Landesregierung mit der Einführung von Genehmigungsfiktionen erste Schritte unternommen hat. Doch das reicht nicht. Die Transformation verlangt von den Unternehmen, dass sie sich verändern, um zukunftsfähig zu bleiben.

Wenn wir aber von der Wirtschaft Wandel einfordern, muss auch der Staat bereit sein, sich zu verändern. Unternehmen im Wandel sollen sich auf das Wesentliche konzentrieren können: die Transformation. Bürokratie darf kein Bremsklotz sein.

Besonders bremsend wirkt bislang die viel zu umständliche Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Internationale Fachkräfte wollen arbeiten. Deshalb will ich die Verfahren zur Anerkennung beschleunigen und entbürokratisieren. Wer hier leben und arbeiten will, soll nicht monatelang warten müssen, bis sein Abschluss anerkannt wird. Dort, wo es nicht um Arbeitnehmerschutz oder soziale Standards geht, braucht es pragmatische Lösungen. Ich kann mir „Sunset-Klauseln“ vorstellen – Regelungen mit Ablaufdatum, die regelmäßig auf ihren Nutzen überprüft werden. Zudem sollten wir das Prinzip „one in, two out“ einführen: Für jede neue Vorschrift, die erlassen wird, fallen zwei andere weg. Zudem setze ich mich für ein zeitlich befristetes Bürokratiemitorium ein: Einige Jahre lang sollen keine neuen Vorschriften erlassen werden dürfen, die zu zusätzlichen bürokratischen Belastungen für Unternehmen führen. Es sei denn, an anderer Stelle werden im gleichen Umfang Regelungen abgebaut. In dieser Zeit wollen wir uns mit voller Kraft auf den Abbau von Regularien konzentrieren, die nicht mehr notwendig oder nicht mehr zeitgemäß sind.

Bevor Unternehmen erneut Daten liefern müssen, soll künftig geprüft werden, ob diese nicht bereits in einer anderen Behörde vorliegen. Der Austausch zwischen Ämtern muss zur Selbstverständlichkeit werden. Der Zielkonflikt zwischen Datenschutz und Datennutzung muss neu verhandelt werden.

Mit KI über den Bürokratieberg

KI kann dazu beitragen, Bürokratie zu meistern, wo sie sich nicht abbauen lässt. Eine KI ließe sich zentral und einheitlich kalibrieren, mit dem kompletten Fundus an Vorschriften und Auflagen, sämtlicher auch hochaktueller Rechtsprechung.

Die Entwicklung einer künstlichen „Clever Bureaucracy“ sollte weder als utopische Kür noch als Luxus für geplagte Bürgerinnen und Bürger abgetan werden. Der Fachkräftemangel wird auch in der öffentlichen Verwaltung erst in Zukunft mit voller Wucht einschlagen. Die Überforderung vieler Ämter und Behörden wird damit überwältigend werden. Dem allein mit dem Abbau von Bürokratie zu begegnen, ist absehbar unzureichend.

Ein Landeslabor für künstliche „Clever Bureaucracy“ sollte so schnell wie möglich eingerichtet werden – allein schon, um die Rechtslage zu klären: Was braucht eine KI, um eine Entscheidung fällen zu dürfen? Wie kann eine KI mit allen relevanten Daten gefüttert werden, also für ein Standardverfahren zur Genehmigung eines Carports über das Baukataster zu verfügen?

Eine künstliche „Clever Bureaucracy“ entbindet uns nicht von der dringend nötigen Aufgabe, den Berg an Bürokratie zu verkleinern. Sie kann uns aber schneller und komfortabler über diesen Berg helfen und damit die Quadratur des Kreises schaffen: Die Standards zu erhalten, die wir fordern, ohne uns damit zu überfordern. Ganz nebenbei kann eine „offizielle“ KI der Verwaltung auch helfen, Sprachbarrieren zu überwinden. Die Verwaltung der Zukunft muss zunehmend in der Lage sein, auch auf Englisch zu kommunizieren und zu arbeiten.



Bildung ist unsere wertvollste Ressource. Ich will ein Bildungssystem, das nicht mehr verwaltet, sondern ermöglicht. Das sich nicht um sich selbst dreht, nicht um Strukturen, Gebühren oder Zuständigkeiten – sondern um junge Menschen.

BADEN-WÜRTTEMBERGS WICHTIGSTE RESSOURCE

Beste Bildung

Baden-Württemberg ist reich an Ressourcen. Nicht in unseren Böden, sondern in unseren Köpfen. Wir sind das Land der Tüftlerinnen und der Erfinder, der Entdeckerinnen und der Neugierigen. Wir brauchen die besten Köpfe, und die besten Köpfe brauchen beste Bildung.

Beste Bildung beginnt für mich in der Kita. Der Grundstein für eine erfolgreiche Bildungsbiographie wird durch frühkindliche Bildung gelegt. Mein Anspruch ist, dass jedes Kind in Baden-Württemberg einen qualitativ hochwertigen, wohnortnahen und gebührenfreien Kita-Platz bekommt.

Frühkindliche Bildung

Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, will ich die Ausbildungskapazitäten deutlich ausbauen – mit mehr Ausbildungs- und Studienplätzen in der Erzieherausbildung und Kindheitspädagogik. Auch der Direkteinstieg in die Kita über modulare Qualifikationen muss gestärkt werden. zu stärken. Kita-Sozialarbeit soll flächendeckend eingeführt werden, um Kinder frühzeitig zu unterstützen und Chancengerechtigkeit zu verbessern. Wir sollten das Geld nach einem Sozialindex verteilen.

Selbstverständlich sein sollte auch mehr Public-Private-Partnership: Firmen-Kitas können auch für ihre Standortkommunen gute Angebote machen und Lücken im Angebot schließen. Dafür braucht es verlässliche Modelle.

In Kitas braucht es vielfältige Teams. Neben pädagogischen Fachkräften braucht es Unterstützung zum Beispiel aus Hauswirtschaft, Sozialarbeit oder Gesundheit. Wer in die Kita zurückkehrt oder die Stunden aufstockt, soll dafür einen Bonus erhalten – als Anerkennung und Anreiz.

Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Neben Gebührenfreiheit braucht es mehr Plätze. Deshalb will ich ein Investitionsprogramm für den Kita-Ausbau starten. Mein Ziel: eine 7-Stunden-Betreuungsgarantie bis 2032. Solange noch Plätze fehlen, soll das Kita-Platz-Sharing helfen. Bei diesem Modell können Kinder ab dem ersten Geburtstag einige Tage pro Woche in die Kita einsteigen – bis ein regulärer Platz verfügbar ist.

Wir leisten uns zu viele Schularten – und verlieren dabei Qualität

Mehr Schularten bedeuten nicht automatisch mehr Gerechtigkeit. Sie bedeuten oft: mehr Bürokratie, mehr Kosten, weniger Orientierung. Zwei starke Säulen im Schulsystem bündeln Ressourcen und stärken das gemeinsame Ziel: Bildungserfolg für alle. Das verkrustete und vielgliedrige Schulsystem muss reformiert werden! Ich will deshalb zwei gleichwertige Säulen in der Sekundarstufe einführen.

Realschulen und Gemeinschaftsschulen sollen zu einer zweiten starken Säule neben dem Gymnasium werden. Es braucht echte Durchlässigkeit, lange offene Bildungswege für die Schülerinnen und Schüler – keine „Schülerstromlenkung“.

Schulleitungen kennen ihre Schule am besten. Wir müssen ihnen mehr Entscheidungsfreiheit geben – für Personalentwicklung, Unterrichtskonzepte, Budget und Organisationsstrukturen. Dafür braucht es eine neue „Ermöglichungskultur“ durch die Schulaufsicht, die eine Beratungsfunktion übernimmt. Mehr Leitungskapazitäten, festgelegte Koordinationsteams und weniger Bürokratie sollen die Schulleitungen dabei entlasten. Um die Schulleitungen zu stärken, sollen ihnen künftig direkt Mitarbeiter zur Seite stehen.

Nicht Fächer unterrichten, sondern Schülerinnen und Schüler unterrichten!

Ich will ganzheitliches Lernen stärken – durch fächerübergreifenden Unterricht, Projektarbeit und Lebenskompetenzvermittlung. Neue Lernformate brauchen neue Prüfungsformate, die übergreifende Kompetenzen in den Blick nehmen. Die Bildungspläne müssen modernisiert, Ganztag rhythmisierter und Lernzeiten flexibler werden. Die Schule der Zukunft ist eine Ganztagschule.

An jeder Schule brauchen wir echte multiprofessionelle Teams mit ausgebildeten Fachkräften. Gleichzeitig will ich Lehrkräfte durch weniger Verwaltungsarbeit und bessere Fortbildungen entlasten – besonders bei Digitalisierung, Inklusion und Sprachförderung. Für mich ist das Zwei-Pädagogen-Prinzip unumstößlich für eine erfolgreiche Inklusion. Schulen brauchen schnelles Internet, moderne Technik und ein überzeugendes pädagogisches Digitalkonzept für den Unterricht. Diese Technik muss von professionellen IT-Fachkräften betreut werden – und nicht nebenher von Lehrkräften.

Berufliche Bildung und neue Berufe

Die beruflichen Schulen in Baden-Württemberg sind eine tragende Säule unseres Bildungssystems. Ich will die Zusammenarbeit von Schulen, Betrieben und Kammern intensivieren. Moderne Bildungszentren müssen wir fördern und den Zugang zur beruflichen Bildung weiter verbessern.

Gleichzeitig sollte Baden-Württemberg seinen offenen Umgang mit den Aufgaben der Zukunft nicht nur auf die berufliche Bildung, sondern auch auf die Berufsbilder selbst ausweiten. Allein das Thema moderner Gebäudewärme überschreitet die Grenzen klassischer Berufe (Elektrikerin/Heizungsbauer/Installation). Hier könnten auch Versuche mit neuen Berufsbildern stattfinden.

Rechnung tragen sollte Baden-Württemberg auch der Internationalisierung, die natürlich auch in den Handwerksberufen stattfindet. Ein Landesprogramm für „Auslandssemester“ bei Ausbildungsberufen würde den Südwesten auch hier an die Spitze setzen.

Für die Umsetzung der Schule der Zukunft braucht es Rahmenbedingungen und konkrete Maßnahmen. Ich fordere ein landesweites Schulmodernisierungsprogramm mit klaren Qualitätsstandards. Dieses soll die bauliche, technische und pädagogische Infrastruktur unserer Schulen auf ein zukunftsfähiges Niveau heben. Gleichzeitig braucht es eine verbindliche Ganztagsstrategie mit mehr qualifiziertem Personal und besserer Ausstattung. Darüber hinaus müssen finanzielle Mittel bereitgestellt werden – für mehr Leitungszeit, für Schulentwicklungsprozesse und für die kontinuierliche Fortbildung der Lehrkräfte.

Der WeiterbildungsRaum BW

Die sich wandelnde Arbeitswelt führt zu veränderten Anforderungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir müssen die berufliche Weiterbildung in Baden-Württemberg auf ein neues Fundament stellen. Dafür schlage ich die schrittweise Entwicklung des WeiterbildungsRaum BW vor – als zentrale Struktur für berufliche Weiterbildung in unserem Land. Wir bündeln alle Zuständigkeiten, binden Arbeitgebervertreterinnen und -vertreter, Bildungsträger, Kammern, Gewerkschaften, berufliche Schulen, Hochschulen, Weiterbildungsnetzwerke, die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit und die Politik ein.

Zunächst soll ein zentrales digitales Portal geschaffen werden, das den einfachen Zugang zu allen relevanten Angeboten, Fördermöglichkeiten und Beratungsleistungen bietet. Die Nutzerinnen und Nutzer stehen im Mittelpunkt. Sie entscheiden selbst, wer auf ihre Daten zugreifen darf. Organisation und Abläufe des WeiterbildungsRaums BW werden flexibel, lernfähig und anpassungsbereit gestaltet. Neue Formate können erprobt und bei Erfolg weiterentwickelt werden. Gleichzeitig wird Bürokratie gezielt abgebaut und Prozesse werden digitalisiert.

Der WeiterbildungsRaum BW richtet sich auch an Menschen, die neu nach Baden-Württemberg kommen und nicht Teil des hiesigen Schul- oder Ausbildungssystems waren. Für diese Zielgruppe sind spezielle Module zum beruflichen Einstieg, zur Sprachbildung und zur Kompetenzanerkennung notwendig.

Wichtig sind auch die Teilqualifikationen. Sie machen lebenslanges Lernen realisierbar. Und sie ermöglichen es Unternehmen, gezielt Mitarbeitende zu qualifizieren, ohne sofort eine komplette Ausbildung organisieren zu müssen.

WO ZUKUNFT GEMACHT WIRD

Meine Besuche vor Ort

Frühkindliche Bildung, Schule, Weiterbildung

Akademie Deutsches Bäckerhandwerk Weinheim e. V.	Weinheim
Agentur zur Förderung der beruflichen Weiterbildung in der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e. V.	Stuttgart
Altenburgschule	Stuttgart
Astrid-Lindgren-Schule	Mannheim
Bundesagentur für Arbeit - Regionaldirektion Baden-Württemberg	Stuttgart
Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Baden-Württemberg	Stuttgart
Dieter Schwarz Stiftung gGmbH	Neckarsulm
Draußenschule	Ladenburg
Dreißental Gemeinschaftsschule	Oberkochen
Ferdinand-von-Steinbeis-Schule	Tuttlingen
Friedrich-Wöhler-Gymnasium	Singen
HANDWERK BW Baden-Württembergischer Handwerkstag e. V.	Stuttgart
IG Metall Bezirk Baden-Württemberg	Stuttgart
Industrie- und Handelskammer (IHK) Bodensee-Oberschwaben	Weingarten
Industrie- und Handelskammer (IHK) Heilbronn-Franken	Heilbronn
Industrie- und Handelskammer (IHK) Karlsruhe	Karlsruhe
Industrie- und Handelskammer (IHK) Ostwürttemberg	Heidenheim
Industrie- und Handelskammer (IHK) Region Stuttgart	Stuttgart
Institut für Weiterbildung, Wissens- und Technologietransfer IWT	Friedrichshafen
Kindergarten Albblick	Trossingen
Kita Merlin	Bruchsal
Oken-Gymnasium	Offenburg
Seminar für Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte Kirchheim unter Teck (Pädagogisches Fachseminar)	Kirchheim/Teck
Wilhelm-Stern-Schule	Mosbach

Forschung, Innovationen, Hochschulen

Ascendis Pharma Endocrinology GmbH	Heidelberg
Betreibergesellschaft Zukunftswerkstatt 4.0 mbH	Geislingen an der Steige
Catalent Germany Eberbach GmbH	Eberbach
Cyber Valley GmbH	Tübingen
Duale Hochschule Baden-Württemberg	Mosbach
Duale Hochschule Baden-Württemberg	Heidenheim
Duale Hochschule Baden-Württemberg	Heilbronn
Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE	Freiburg
FZI Forschungszentrum Informatik	Karlsruhe
Helmholtz Institute Ulm Electrochemical energy storage (HIU)	Ulm
Hydrogen Learning Center Backnang	Backnang
Institut für Raumfahrtssysteme	Stuttgart
Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS)	Karlsruhe
IPAI Management GmbH	Neckarsulm
Karlsruher Institut für Technologie	Karlsruhe
Universität Stuttgart Institute for Photovoltaics	Stuttgart
Universität Ulm	Ulm
ZKM Zentrum für Kunst und Medien	Karlsruhe

Start-ups & Start-up Hubs

3D-Werk Black Forest GmbH	St. Georgen im Schwarzwald
AI xpress	Böblingen
Aitad GmbH	Offenburg
Black Forest Innovation GmbH	Offenburg
farm e. V. Gründung & Innovation	Konstanz
Flip GmbH	Stuttgart
H2FLY GmbH	Stuttgart
hide and grow GmbH	Heilbronn
HQS Quantum Simulations GmbH	Karlsruhe
Innoport	Reutlingen
Makers League e. V.	Esslingen
osapiens services GmbH	Mannheim
Pur GmbH	Walldürn
Q.ANT GmbH	Stuttgart
vialytics GmbH	Stuttgart
Volocopter GmbH	Bruchsal
Cyberforum e. V.	Karlsruhe

Industrie, Klein- und Mittelständler

Albtal-Verkehrs-Gesellschaft mbH	Karlsruhe
Audi AG	Neckarsulm
Carl Zeiss AG	Oberkochen
dm-drogerie markt GmbH + Co. KG	Karlsruhe
Dr. Willmar Schwabe GmbH & Co. KG	Karlsruhe
ebm-papst Mulfingen GmbH & Co. KG	Mulfingen
Element Logic Germany GmbH	Bad Friedrichshall
ETO GRUPPE TECHNOLOGIES GmbH	Stockach
FANUC Deutschland GmbH	Neuhausen
Frick GmbH Bad und Heizung	Gerstetten
Gramm GmbH & Co. KG	Friedrichshafen
Heidelberger Druckmaschinen AG	Wiesloch
Heinrich Feeß GmbH & Co. KG	Kirchheim/Teck
Hensoldt AG	Ulm
Hensoldt AG Optronics	Oberkochen
Home of Mobility GmbH	Wertheim
ifm electronic gmbh	Friedrichshafen
Karl Storz SE & Co. KG	Tuttlingen
Mercedes-Benz AG	Sindelfingen
Pfizer Manufacturing Deutschland GmbH	Freiburg
Porsche AG	Stuttgart
Rolls-Royce Power Systems AG	Friedrichshafen
Schneider GmbH & Co. KG	Öhringen
SCHWENK Zement GmbH & Co. KG	Heidenheim
SCS GmbH	Stuttgart
SEW Eurodrive GmbH	Graben-Neudorf
Siemens AG	Rastatt
Stellba Hydro GmbH & Co KG	Herbrechtingen
Tesat-Spacecom GmbH & Co. KG	Backnang
Weber GmbH	Weissach-Flacht
ZF Friedrichshafen AG	Friedrichshafen
Dr.-Ing. Max Schlötter GmbH & Co. KG	Geislingen an der Steige

Energie

Agri-Photovoltaik Schlier	Schlier
Badenova AG & Co. KG	Freiburg
e.systeme21 GmbH	Ulm
Elektrizitätswerk Mittelbaden AG & Co. KG	Lahr
EnBW Energie Baden-Württemberg AG	Karlsruhe
enerix Dischingen - Photovoltaik & Stromspeicher	Dischingen
Floating Photovoltaik Philippsee	Bad Schönborn
fokus.energie e. V.	Karlsruhe
International Solar Energy Research Center Konstanz e. V.	Konstanz
Ioncor- Batteries	Bad Friedrichshall
Kerntechnische Entsorgung Karlsruhe GmbH	Karlsruhe
MiRO Mineraloelraffinerie Oberrhein GmbH & Co. KG	Karlsruhe
Netze BW GmbH Wasserstoff-Insel	Öhringen
Neue Weststadt – Klimaquartier	Esslingen
Ritter Energie- und Umwelttechnik GmbH & Co. KG	Tübingen
Solarenergie Speichertechnik Netzsystemdienstleistungen Black-out Prävention	Klettgau-Grießen
Stadtwerke Tübingen GmbH	Tübingen
TransnetBW GmbH Leitzentrale	Wendlingen
Vulcan Energie Ressourcen GmbH	Karlsruhe

Digitales (Verwaltung)

Bechtle AG	Neckarsulm
Industrie- und Handelskammer (IHK) Region Stuttgart	Stuttgart
IONOS SE	Karlsruhe
TeamViewer Germany GmbH	Göppingen

IMPRESSUM

SPD-Landtagsfraktion

Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

V.i.S.d.P.:
Roman Götzmann
Fraktionsgeschäftsführer
Telefon: 0711/20 63 71 90
Mail: post@spd.landtag-bw.de